



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter SPD**

Gifffreie Verpackungen und Plastikmaterialien zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zur Förderung der Forschung von Alternativen von Bisphenol A (BPA) Stellung zu nehmen. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Gesundheitsgefahren bestehen durch BPA für den Menschen?
- Welche Personen sind besonders betroffen?
- Was hat die Staatsregierung bisher bezüglich der Gesundheitsgefährdung für Menschen durch BPA unternommen?
- Hat die Staatsregierung in der Vergangenheit die Forschung von Alternativstoffen für BPA unterstützt? Falls ja, wie viele Haushaltsmittel wurden für die jeweiligen Forschungsprojekte aufgewendet?
- Gibt es laufende oder geplante Projekte, welche Alternativen für BPA erforschen, die von der Staatsregierung gefördert werden?
- Wie werden Verbraucherinnen und Verbraucher über die gesundheitliche Gefahr durch BPA informiert?

Begründung:

BPA ist eine Chemikalie, die die Hormone im Körper beeinflussen kann. BPA findet sich in vielen Produkten des täglichen Lebens wieder. So steckt BPA beispielsweise in beschichteten Lebensmittelverpackungen oder in vielen Gegenständen aus Plastik. Gerade erst wurde BPA für die Verwendung in Kassenbons verboten.

BPA ist europaweit als „besonders besorgniserregender Stoff“ gemeldet. So kann BPA mit seiner hormonähnlichen Wirkung das empfindliche hormonelle Gleichgewicht des Menschen stören und daher unter anderem zu Beeinträchtigungen der Fortpflanzungsfähigkeit führen. Außerdem kann BPA die Entstehung von Herz-Kreislaufkrankungen, Leberproblemen und Diabetes fördern. Besonders wenn Kinder in Kontakt mit dem Stoff kommen, könnte das in den frühen Entwicklungsphasen die Ausbildung der Organe und Drüsen behindern und die sexuelle Entwicklung hemmen.

Um Verbraucherinnen und Verbraucher weitestgehend vor dem Wirkstoff zu schützen, werden auf Grundlage von Neubewertungen seit vielen Jahren Grenzwerte verschärft und striktere Regulierungsmaßnahmen ergriffen. Über ein Verbot des umstrittenen Stoffes wurde schon oft diskutiert, aber immer mit dem Verweis darauf abgetan, dass es unzureichend Forschung bzgl. eines Ersatzstoffes geben würde.

In einer aktuellen Studie des Umweltbundesamts (UBA) wurden 44 mögliche Alternativstoffe für BPA für unterschiedliche Verwendungen und Produkte untersucht. Doch nur ein Stoff wurde als nicht besorgniserregend geprüft.

Diese Tatsache unterstreicht die Notwendigkeit, die Erforschung von Alternativen zu BPA umfassend zu fördern, die gesundheitsgefährdende Chemikalie zu verbieten und endlich einen ausreichenden Schutz für Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten.